

Ingo Schmidt

Vor dem Frontalangriff?

Die deutsche Bourgeoisie ist ein Meister im Abwälzen. Dank anhalternd hoher Exportüberschüsse konnte ein erheblicher Teil der seit dem Börsenkrach 2008 aufgelaufenen Krisenlasten, insbesondere steigende Schulden und Arbeitslosigkeit, anderen Ländern aufgebürdet werden. Zugleich liefert der Hinweis auf die Misswirtschaft in anderen Ländern eine willkommene Ablenkung vom eigenen Beitrag zum Ausbruch der Krise. Ein Dreigestirn aus deutschen Industriellen, Bundesbankern und Ökonomieprofessoren macht einen Mangel protestantischer Arbeitsethik in Südeuropa sowie den angelsächsischen Hang zur Spekulation für die Weltwirtschaftskrise 2008/9 und ihre Mutation in europäische Währungs- und Schuldenkrise seit 2010 verantwortlich. Über den wissenschaftlichen Gehalt solcher Ansichten kann man streiten, ihr politischer Erfolg ist eindeutig. Schade-deinen-Nachbarn-Politik und Mach-andere-für-die-Krise-verantwortlich-Ideologie trugen seit Beginn der Krise zur Stabilisierung der politischen Mitte bei.

Für den Bestand demokratisch verfasster Kapitalismen ist die Mitte von zentraler Bedeutung. Der liberale Meisterdenker Schumpeter bezeichnete sie als „schützende Schichten“ der Bourgeoisie. Das „Bröckeln“ dieser „Mauern“, vor dem Schumpeter gewarnt hatte und das von Schröder und seinem Chefstrategen Hartz massiv befördert worden ist, konnte im Laufe der aktuellen Wirtschaftskrise zumindest vorübergehend zum Halten gebracht werden. Die von den Hartz-Reformen auf Ramschstatus heruntergesetzten Arbeitslosen leben zwar weiterhin am Rande der bundesrepublikanischen Gesellschaft, während eine enorm angewachsene Zahl von Minijobbern die Flexibilitätsreserven bereithält, mit denen sich das deutsche Kapital lohnstückkostengünstig durch die Krise gerettet hat. Dafür wird die Angst vor dem sozialen Absturz, die sich tief in den Kern der Gesellschaft gefressen hat, von einem neuen, allerdings fragilen, Selbstbewusstsein der Mitte überlagert. Am Rand der Gesellschaft Resignation herrschen dagegen Resignation und Passivität vor.

Resignation der Marginalisierten und Stabilisierung der Mitte schlagen sich in Wählerumfragen sehr deutlich nieder. Die Gründung der Linken, die ohne die Bewegung gegen die Hartz-Reformen kaum denkbar gewesen wäre, brachte der neuen Partei erheblichen Zuspruch gegenüber den Vorläuferorganisationen PDS und WASG. Zu Beginn der Krise lag sie zwischen 10 und 14 Prozent der Wählerzustimmung. Mit dem Anhalten der Krise zogen sich jedoch wieder

mehr Menschen, die ihre (wahl-)politische Zurückhaltung nach Gründung der Linken vorübergehend aufgegeben hatten, wieder zurück. Während die Linke auf Werte zwischen 5 und 7 Prozent zurückfiel, erlebten die Parteien der deutschen Mittelklasse einen Aufschwung. Den Anfang machte die FDP, die im Sommer 2009, dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise in Deutschland, ein Allzeithoch von 16 Prozent erreichte, danach aber schnell zurückfiel und von den Grünen abgelöst wurden, die es im Sommer 2011 auf 24 Prozent brachten und damit bis auf einen Prozentpunkt an die SPD herangekommen waren. Fast die Hälfte dieser Zustimmung haben sie mittlerweile wieder verloren. Dafür hat es die Piratenpartei beinahe aus dem Stand auf Höchstwerte von 11 Prozent gebracht. Nicht schlecht für eine Partei, die nicht weiß, was sie will außer dass sie kein Sprachrohr für gesellschaftliche Absteiger sein möchte. Gleichzeitig ist der Anteil der Volksparteien CDU und SPD von Werten zwischen 75 und 80 Prozent zu Beginn des Jahrzehnts auf gegenwärtig 60 bis 65 Prozent zurückgegangen. Angesichts der Schwäche der Linken geht dieser Rückgang vornehmlich auf das Konto der jeweils populären Mittelklassparteien. Weniger als in der Vergangenheit lässt sich die politische Mitte in die Klassenkompromisse einbinden, die CDU und SPD parteiintern aushandeln müssen. Ihr Ziel der Besitzstandswahrung versucht sie zunehmend ohne den Ballast solcher Kompromisse zu erreichen, obwohl weder FDP, Grüne oder gar Piraten das Ziel der Regierungsbeteiligung samt der damit verbundenen Koalitionen stets im Blick haben. Der Versuch, politisch eigene Wege zu gehen, führt die Mittelklasse bislang doch immer wieder in die Integrationsmechanismen des zunehmend kritisch gesehenen Politikbetriebs. Die rechtspopulistischen Alternativen, die von volksparteilichen Dissidenten wie Sarrazin und Gauweiler, präsentiert werden, sind zwar medienwirksam, taugen aber noch nicht als Kristallisationskern einer Neurechten Partei und die NPD ist dem distinguierten Mittelklässler viel zu prollig. Solange die Wirtschaft am Rande der Krise dahin mäandert, dürften die schützenden Mittelschichten der Bourgeoisie und ihrem Parlament erhalten bleiben.

Das gleiche gilt für die Gewerkschaften. Hatte es zwischen ihren Spitzenfunktionären, viele davon lebenslange SPD-Mitglieder, und dem SPD-Kanzler Schröder mächtig gekracht, verkündet die CDU-Kanzlerin Merkel bei Gewerkschaftstagen die unverbrüchliche Treue zwischen bundesrepublikanischem Staat und organisierter Arbeiterschaft. Während der Rezession 2008/9, als die Entlassung von Zeitarbeitern nicht ausreichte, um die Lohnkosten auf ein profit-kompatibles Niveau zu senken, schoss die Regierung großzügig Kurzarbeitsgeld zu, um die Stammbeslegschaften im Betrieb zu halten. Als die Auslandsnachfrage wenig später wieder anzog, machte sich diese Investition

bezahlte – die deutsche Exportwirtschaft war sofort zur Stelle, um ihren angestammten Platz auf dem Weltmarkt wieder einzunehmen.

Allerdings hat diese konjunkturelle Erholung auf Kosten der Verschuldung anderer Länder zur Transformation einer allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise in die Euro-Krise beigetragen. Letztere wurde bekanntlich zum Anlass der von Merkel, EZB und IWF verordneten Sparprogramme in Südeuropa. Die damit verbundenen Ausgabenkürzungen haben nicht nur zu massiven Wirtschaftseinbrüchen in Griechenland und Portugal geführt, sondern mittlerweile in der gesamten Euro-Zone eine Rezession ausgelöst. Die mit diesen Programmen verbundenen Strukturreformen, im Klartext: Privatisierungen und Absenkung sozialer Mindeststandards, wird mittelfristig auch die Kostenvorteile zu Nichte machen, die sich Deutschland mit den Hartz-Reformen erworben hat. Sobald Nachfrageschwäche und Kostenkonkurrenz zusammen kommen, wird es mit der gegenwärtigen Sozialpartnerschaft vorbei sein. Dann steht Hartz V auf der Tagesordnung. Dann wird es sich rächen, dass die organisierte Arbeiterbewegung nichts zur Unterstützung der Kämpfe gegen die Sparprogramme in Südeuropa unternommen hat. Auch mit der Stabilisierung der politischen Mitte wird es dann vorüber sein. Mit der nächsten Welle des Sozialabbaus kehren die Angst vor dem Absturz sowie die Gefahr einer rechtspopulistischen Wende zurück.

Der Aufbau einer gemeinsamen Front gegen Sparpolitik und Rechtsentwicklung wird schwierig. Die Gewerkschaften sind zu sehr in die gegenwärtig reaktivierte Sozialpartnerschaft verstrickt, um sich auf solche Kämpfe vorzubereiten. Immer größere Teile der Arbeiterklasse sind weder gewerkschaftlich organisiert noch fühlen sie sich von irgendeiner des bestehenden Parteien angezogen. Ob diejenigen, die in der Vergangenheit Sympathien für Die Linke geäußert haben, zu weitergehender Aktivität in oder um Die Linke bereit sind, ist zweifelhaft. Angesichts der vorübergehenden Stabilisierung in Deutschland hat sich die Partei zu sehr mit Mitte-Links-Bündnissen geliebt und ihre ursprüngliche Absicht, als Sprachrohr und Organisator der Deklassierten zu handeln, weitgehend aufgegeben. Andererseits hatten die Erfahrungen mit den Hartz IV-Protesten die alte Erfahrung bestätigt, dass lose Bündnisse zur vorübergehenden Mobilisierung gute Dienste leisten aber nicht zum Aufbau einer dauerhaften Bewegung ausreicht. Die Frage, welche politische Form uns in den kommenden Kämpfen voranbringen wird, bleibt vorerst unbeantwortet.

Oktober 2012